

Auf den Punkt gebracht !

Sozial, gerecht, demokratisch, friedlich

Kommunalwahl 2019

Der Kreisverband der Partei DIE LINKE in Zweibrücken verfolgt im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) die Ziele der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit, sowie sozialer Gerechtigkeit im Rahmen der Weiterentwicklung des Mobilitätssystems. Der Bund hat in den vergangenen Jahren die Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr systematisch an die Länder und Kommunen abgegeben. Bundesförderprogramme, wie das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) laufen 2019 aus. Eine Chance, um die Finanzierung Schritt für Schritt sozialverträglich umzubauen.

Die „fahrscheinlose“ Nutzung des ÖPNV ist die geeignete Maßnahme, um gezielt soziale Exklusion zu verhindern, sowie der Ungleichbehandlung der Bevölkerung entgegenwirken zu können. Wer arm ist, darf nicht vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Denn soziale Teilhabe und Mobilität sind Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.

Für viele ZweibrückerInnen bedeutet das Fahren mit Bus und Bahn schon heute eine unverhältnismäßige finanzielle Belastung. Betroffen sind zum Beispiel ältere Menschen mit geringfügigen Renten. 48 Prozent aller Altersrenten betragen bundesweit im Jahr 2016 weniger als 800€ pro Monat. Die Zahlen zeigen, dass schon heute ein großer Teil der RentnerInnen Bezüge unterhalb der Armutgefährdungsschwelle erhält, die 2017 in Rheinland-Pfalz bei 1.023€ festgesetzt wurde.

Unsere SchülerInnen die in Zweibrücken, den Vororten und der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land, ohne Benachteiligung zu ihrer Schule kommen müssen und ebenso zu außerschulischen Bildungs-, Kultur und Freizeitaktivitäten, sollten das SchülerInnen-Ticket auch in der schulfreien Zeit nutzen können. Im Moment hängt die Mobilität von Kindern und Jugendlichen vor allem von den finanziellen und zeitlichen Möglichkeiten der Erziehungsberechtigten ab und das ist ungerecht. Für weiterführende Schulen müssen zudem immens teure ÖPNV-Zeitkarten bezahlt werden. Um Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung sozial gerecht zu gestalten, sollten auch Auszubildende und Studenten zu dem

Bus und Bahn fahrscheinlos !

geförderten Personenkreis zählen. Vor diesem Hintergrund besteht die dringende Notwendigkeit, die Nutzung des ÖPNV sozial gerechter und ökologischer zu gestalten. Der Einstieg in eine fahrscheinlose Nutzung bietet langfristig die Chance, die bestehende soziale Ungerechtigkeit aufzulösen und gleichermaßen die Akzeptanz der Bevölkerung für den ÖPNV deutlich zu erhöhen.

Die LINKE fordert für Zweibrücken eine Stärkung des ÖPNV, mit einer guten regionalen und überregionalen Anbindung. Dazu muss zwingend die S-Bahn-Verlängerung von Homburg nach Zweibrücken realisiert und Linien, sowie Zeiten des Busverkehrs ausgebaut werden. Unter Beachtung einer nachhaltigen Mobilität und des Klimaschutzes sind Fördermittel vom Bund abzurufen. In einem 3-Stufen-Konzept soll der ÖPNV langfristig umgebaut werden, um Anreize zu schaffen, die individuelle Motorisierung auf den Straßen zu reduzieren. In Stufe 1 sollen alle anspruchsberechtigten Personen über den geforderten Zweibrücken-Pass sozialverträgliche Tarife erhalten. Ab Stufe 2 wird der ÖPNV im Bereich Schülerbeförderung auf Nulltarif umgestellt, und im Rahmen der Stufe 3 sollte eine „fahrscheinlose Mobilität für Alle“ eingeführt werden.

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

kontakt@dielinke-zw.de